

GLOBAL 2000: Tschechisches Parlament vor grober Fehlentscheidung

Utl.: Heute sollen unlimitierte Mittel für ein neues unwirtschaftliches AKW in Dukovany beschlossen werden. =

Wien/Prag (OTS) - In dritter Lesung behandelt heute das Prager Parlament die Finanzierung eines weiteren Reaktors am Standort Dukovany. Die österreichische Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000 kritisiert die rückwärtsgewandte Energiepolitik sowie den geplanten Ausbau Dukovanys - nur 40 Kilometer von der österreichischen Grenze entfernt - scharf: "Atomkraftwerke stellen nicht nur ein hohes Sicherheitsrisiko dar, sie sind auch wirtschaftlich und energiepolitisch alles andere als zukunftsfähig", sagt Patricia Lorenz, Atomsprecherin von GLOBAL 2000. "Sie sind ohne staatliche Beihilfen und Garantien nicht finanzierbar, gegenüber den immer günstiger werdenden erneuerbaren Energien nicht wettbewerbsfähig und daher klar abzulehnen. Damit die europäische Staatengemeinschaft die Pariser Klimaziele erreichen kann, benötigen wir kostengünstige, zukunftsfähige, erneuerbare und nicht verstaubte fossile Energien zur Bereicherung einiger weniger Eliten!"

Die Tschechische Republik plant den Atomstaat noch weiter auszubauen. Aus der in Vorbereitung befindlichen neuen staatlichen Energiekonzeption, die von der Regierung bald beschlossen werden soll, sind folgende Pläne ersichtlich: Im Jahre 2036 soll Dukovany II in Betrieb gehen, anschließend soll über Temelin II sowie einen weiteren Reaktor für den Standort Dukovany entschieden werden. Der Betrieb der alten Reaktoren in Dukovany soll bis 2047 verlängert werden, auch im Falle Temelins wird mit einer Laufzeit von 80 Jahren gerechnet (d.h. bis 2082).

Selbst Premierminister Andrej Babiš konnte sich im Dezember mit seinem Vorschlag, einen Deckel für den garantierten Abnahmepreis 60 EUR/MWh direkt im Gesetz einzuziehen, gegenüber EZ nicht durchsetzen - der Abnahmepreis kann also sogar noch höher liegen und damit weit über den immer günstiger werdenden Erneuerbaren. Dieser garantierte Abnahmepreis ist für 30 Jahre garantiert - mit einer Option auf Verlängerung bis Ende der Lebensdauer des Reaktors. An dieser Stelle ist zu beachten, dass für Neubauten mit 80 Jahren Betrieb gerechnet wird. Wird das Gesetz heute im Parlament verabschiedet, dann endet hier auch dessen Mitsprache. Den konkreten Abnahmepreis wird nur mehr

die Regierung mit dem Betreiber des neuen Reaktors aushandeln.

„Die einzige konsequente Möglichkeit, diese Füllhörner für Atomneubauten zu stopfen, besteht darin, die mittlerweile legalisierte Beihilfemöglichkeit durch den EURATOM-Vertrag auszuhebeln. Auch die stillschweigende Akzeptanz der Tatsache, dass es für Atommüll einfach keine sichere Entsorgung gibt, aber dennoch Neubauten geplant und genehmigt werden, soll die österreichische Bundesregierung - allen voran Bundeskanzler Sebastian Kurz - aktiv auf EU-Ebene bekämpfen. Dafür gibt es sogar eine gesetzliche Grundlage, nämlich die Atommüll-Richtlinie 2011/70/Euratom, die für jeden Mitgliedstaat vorsieht, das Problem so zu lösen, dass für künftige Generationen unangemessene Lasten hinsichtlich abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle vermieden werden“, sagt Lorenz abschließend.

~

Rückfragehinweis:

Lydia Matzka-Saboi, GLOBAL 2000 Pressesprecherin, 0699 14 2000 26,
lydia.matzka@global2000.at

Patricia Lorenz, GLOBAL 2000 Atomsprecherin, 0676 4464254,
patricia.lorenz@foeeurope.org

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/95/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0082 2021-02-10/10:31

101031 Feb 21

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210210_OTS0082